

CDU

„Als Einzelkämpfer“

Siegfried Kauder, 62, ist Bundestagsabgeordneter und Bruder des CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. Bei der Wahl im September will er als unabhängiger Direktkandidat gegen seine Partei antreten.

SPIEGEL: Herr Kauder, für einen Platz auf der Wahlliste brauchen Sie 200 Unterstötzer aus Ihrem Wahlkreis Schwarzwald-Baar. Haben Sie die nötigen Unterschriften schon beisammen?

Kauder: Ich habe über 300 Unterschriften gesammelt – weit mehr als erwartet – und die Listen bereits beim Kreiswahlleiter eingereicht. Die juristischen Voraussetzungen für die Kandidatur sind damit erfüllt. Die Parteien denken, sie hätten allein das Privileg, Kandidaten zu nominieren. Aber das ist nicht so. Man kann auch als Einzelkämpfer antreten.

SPIEGEL: Im November 2012 haben Sie in einer Kampf Abstimmung gegen den Donaueschinger Oberbürgermeister Thorsten Frei verloren. Er ist nun der offizielle Kandidat der CDU.

Kauder: Die Nominierung von Herrn Frei war ein kalter Putsch. Im Vorfeld wurde bei einer Abstimmung manipuliert. Ich habe mich beschwert, aber es ist nichts geschehen. 133 Mitglieder sind daraufhin aus der Partei ausgetreten. Mich haben Leute auf der Straße darauf angesprochen, ob ich nicht doch noch einmal antreten könnte. Das war keine spontane Entscheidung. Ich habe mir das gut überlegt.

SPIEGEL: Sie gelten als Nervensäge in Ihrer Partei, weil Sie etwa bei der Abgeordnetenbestechung von der Linie abweichen. Warum wollen Sie unbedingt wieder in den Bundestag?

Kauder: Es gibt wichtige Vorhaben, die noch offen sind. Die will ich weiterverfolgen. Deswegen will ich mich noch nicht aus der Politik verabschieden. Mir geht es nicht um meine Karriere. Ich sehe das Amt als Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung.

SPIEGEL: Ihr Vorhaben wird in Ihrer eigenen Partei kritisiert. Sogar von einem Parteiausschluss ist die Rede.

Kauder: Ich lasse mir nicht drohen. Ich werde meine Kandidatur auf jeden Fall weiterverfolgen. Sollte meine Partei ein Ausschlussverfahren anstreben, würde ich mich dem stellen. Ich bin gespannt, wie es weitergeht.



Aluminiumwerk in Essen

SEPP SPIEGEL / ECOPIX

WETTBEWERB

EU greift Ökostrom-Gesetz an

Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verstößt gegen europäisches Wettbewerbsrecht. Zu diesem Schluss ist EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gekommen. Die Brüsseler Juristen konzentrieren sich dabei auf die sogenannte EEG-Umlage, die Stromkunden für die Erzeugung erneuerbarer Energie bezahlen. Die Beamten rügen, dass energieintensive Betriebe von dieser Umlage weitgehend ausgenommen werden. Am Mittwoch will die EU-Kommission ein entsprechendes Beihilfeverfahren gegen Deutschland eröffnen. Dies soll nicht nur für die Zukunft alle Ausnahmen von der Zwangsabgabe verbieten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Brüssel auch rückwirkend eine Korrektur fordern: Energieintensive Betriebe müssten dann Millionen Euro an bereits in den Vorjahren eingesparten Abgaben an den Staat nachzahlen. EU-Energiekom-

missar Günther Oettinger stellte auf einer Veranstaltung des Stromkonzerns E.on vergangene Woche in Brüssel sogar das gesamte EEG in Frage. Oettinger sagte, dass zahlreiche Regelungen mit dem EU-Binnenmarkt und dem Wettbewerbsrecht wohl nicht konform seien. So könne es nicht angehen, dass Deutschland eigenen Windstrom fördere, Dänen oder Norweger jedoch keine Förderung erhielten, wenn sie Windstrom nach Deutschland lieferten. Die Befreiung von der Netzentgeltabgabe haben derzeit rund 4500 Betriebe beantragt, mehr als bisher bekannt. In einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Umweltexpertin Bärbel Höhn bestätigt das Bundeswirtschaftsministerium, dass sogar Golfclubs weitgehend befreit wurden. „Es ist nicht begründbar, warum private Haushalte für Autohäuser, Versicherer oder Aldi die Netzentgelte mit zahlen müssen“, so Höhn.

AFFÄREN

Geschönte Dokumente

In der Affäre um illegal ausgestellte Visa deutscher Auslandsvertretungen (SPIEGEL 24/2011) hat die Staatsanwaltschaft Köln Anklage gegen drei Deutsche erhoben. Sie stehen im Verdacht, mehrere Personen gegen Zahlungen von 10 000 bis 15 000 Euro von Afghanistan in die Bundesrepublik geschleust zu haben. Die Beschuldigten seien „Privatleute, die aus Deutschland heraus operiert hatten“, so der Kölner Oberstaatsan-

walt Ulrich Bremer. Nach Angaben der Ermittler suchten sie zunächst Deutsche, die bereit waren, gegen Geld Einladungen auszusprechen. Diese werden für einen Visumantrag gebraucht. Dafür nötige Dokumente wurden gefälscht und dann nach Kabul gebracht. Die dortige Botschaft steht im Zentrum der Affäre. Ein einheimischer Mitarbeiter soll mit Hilfe der Dokumente persönliche und finanzielle Verhältnisse der Antragsteller geschönt und so die Einreise nach Deutschland ermöglicht haben. Die genaue Zahl der auf diesem Weg in die Bundesrepublik gelangten Personen ist den Ermittlern nicht bekannt.



Deutsche Botschaft in Kabul

U. WEISSNER / ANF



MAURICE WEISS / OSTKREUZ

Kauder